

Niederschrift

zur 20. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 10.02.2011	18:05 – 21:35Uhr	Jugendfreizeitzentrum Südclub, Bahnhofstraße 5

Anwesenheit

Vorsitz

Elke Wagner,

Fraktion DIE LINKE.

Monika Fiedler, Martin Gollmer, Lothar Nachtigall, Käthe Radom, Gerold Sachse,

CDU-Fraktion

Wolfgang Petenati, Jürgen Teichmann,

SPD-Fraktion

Helga Bluschke, Klaus Runge,

FDP-Fraktion

Eberhard Henkel, Lutz König, Petra Schumann,

Sachkundige BürgerInnen

Sebastian Bernhardt, Hans-Joachim Lachmann, Jürgen Lüder,

Gäste

Frau Jenning von der MOZ

Verwaltung

Erster Beigeordneter Herr Dr. Fehse, Fachbereichsleiter Bürgerdienste Herr Dr. Wetter, Fachbereichsleiter Stadtentwicklung Herr Roch, Fachgruppenleiter Familie, Soziales und Bildung Herr Politz, Sachbearbeiterin Fachgruppe Kultur und Sport Frau Krips, Sachbearbeiterin Öffentlichkeitsarbeit Frau Trilling

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Wagner eröffnet um 18.05 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und dankt Herrn Bogdan für die Gastfreundschaft.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die ordnungsgemäße Ladung konnte festgestellt werden. Es sind alle Mitglieder des Ausschusses anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Vorsitzende geht davon aus, dass alle Anwesenden die Tagesordnung fristgerecht erhalten haben.

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der 19. Sitzung vom 25.11.2010

In Bezug auf die letzte Sitzung im November 2010 bemängelt die Abgeordnete Frau Fiedler, dass die gewünschte Übersicht zur Richtlinie der Wohlfahrtspflege den Abgeordneten des Ausschusses erst am Mittwoch zur Verfügung gestellt wurde. Somit hatten die Mitglieder nicht die Möglichkeit, sich auf Fragen dazu vorzubereiten.

Frau Wagner hatte auch ihren Unmut darüber auf der Haushaltsklausur geäußert. Sie weist jedoch darauf hin, dass die Richtlinie erst im Haushaltsjahr 2012 zum Tragen kommt, da die Anträge bis zum 30.06. für das Folgejahr gestellt werden müssen.

Herr Politz teilte daraufhin mit, dass die geforderten Unterlagen zur Wohlfahrts- und Jugendpflege der Kämmerei bereits im Oktober des vergangenen Jahres als Erläuterung zum Haushaltsplan übergeben worden sind. Dass diese nicht weitergereicht wurden, hat der Fachgruppenleiter Familie, Soziales und Bildung erst kürzlich erfahren. Es ist ein Versehen und er bittet die Abgeordneten um Entschuldigung.

Auf Anfrage der Vorsitzenden ist die Niederschrift bestätigt.

Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

TOP 5 Informationen der Vorsitzenden

Die Vorsitzende hat sich gemeinsam mit dem Fachbereichsleiter Bürgerdienste dazu entschlossen, vierteljährlich eine Zusammenkunft der Beiratsvorsitzenden anzuberaumen. Das erste Treffen wird voraussichtlich im Mai stattfinden. Hintergrund ist, ein soziales Netzwerk zwischen den Tätigkeitsbereichen der Beiräte zu schaffen.

Frau Wagner stellt fest, dass die Beiräte heute nicht vertreten sind. Es wäre schön wenn das zukünftig eingerichtet werden könnte.

TOP 6 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 6.1 Informationen und Vorstellung der Club-Projekte (Matthias Bogdan)

Frau Wagner erteilt Herrn Bogdan, Leiter des Jugendclubs Süd, das Wort.

Anhand einer Bildershow dokumentiert Herr Bogdan, wie sich die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen aus dem Stadtteil Süd gestaltet. Die vielfältigen Angebote und Aktionen setzen sich aus Sport, handwerklichen, kreativen Betätigungen und Spiel zusammen und haben einen sozialpädagogischen Charakter. Die Präsentation zeigt Auszüge von Familienworkshops, Projekte wie der Bauspielplatz, Radwandertouren sowie andere Freizeit- und Ferienangebote. Herr Bogdan betont, dass das Mitbestimmungsrecht der Kinder und Jugendlichen bei der Planung der Veranstaltungen, eine wesentliche Rolle spielt und das Verantwortungsgefühl bei den Kids fördert. Anfallende Pflichtaufgaben, wie Reinigungs- und Reparaturarbeiten in der Einrichtung und auf dem Gelände, werden in der Gemeinschaft erledigt.

Der Jugendclub stellt ein System zwischen Hort und Schule, zwischen Pflicht und Freizeit dar. Viele Eltern stehen der Einrichtung positiv gegenüber und sind sehr engagiert. Im Gegensatz dazu gibt es Elternhäuser, die diese als „Aufbewahrungsanstalt“ sehen.

In diesem Jahr kann das Haus bereits sein 10jähriges Bestehen feiern. Vielseitiges Interesse wird nicht nur von Kindern und Jugendlichen zwischen dem 8. bis 15. Lebensjahr bekundet sondern auch von älteren Jugendlichen. Die Mitarbeiter der Einrichtung kümmern sich um Problembewältigungen

im Stadtteil und sind auch im Zentrum mobil unterwegs.

Vor Ort wird immer wieder festgestellt, dass die Kids einen großen Bewegungsdrang besitzen, was erfahrungsgemäß beweist, dass die Meisten ihre Freizeit vor technischen Geräten verbringen. Mit Hilfe des Trägervereins BSG Pneumant e.V., werden vermehrt Sportveranstaltungen durchgeführt, um die körperlichen Betätigungen bei Kindern und Jugendlichen zu fördern.

Zu den finanziellen Rahmenbedingungen erläutert Herr Bogdan, dass diese sich aus Mitteln vom Jugendamt des Landkreises Oder-Spree, der Stadt und aus Eigenmitteln des Vereins (Teilnehmerbeiträge) zusammen setzen. Personell ist die Einrichtung mit zwei Fachkräften besetzt. Hinzu kommt noch ein Mitarbeiter vom mobilen Jugendarbeiterteam, der für den Stadtteil Süd zuständig ist. (Zum mobilen Jugendarbeiterteam gehören noch zwei weitere Mitarbeiter der Caritas, die für Mitte und Nord zuständig sind.) Abschließend betont Herr Bogdan, dass alle Mitarbeiter sehr viel ehrenamtliches Engagement aufbringen.

Auf Anfrage der Abgeordneten Frau Radom zum Migrationshintergrund, teilt Herr Bogdan mit, dass es sich im Stadtteil Süd prozentual gleich gegenüber den anderen Stadtteilen verhält.

Die zweite Frage und die von der Abgeordneten Frau Bluschke, beziehen sich auf Störungen im Essverhalten bei Kinder und Jugendlichen. Herr Bogdan teilte mit, das diese Thematik keine Einzelfälle betrifft und erläuterte Maßnahmen nicht nur im Umgang mit den Betroffenen. Es werden Gespräche über eine gesunde Lebensweise geführt, in den Ferien wird angeboten, gemeinsam Mittagessen zuzubereiten und einzunehmen, zuckerhaltige Getränke wurden aus dem Getränkeplan gestrichen und zur sportliche Betätigung wird motiviert.

Die Abgeordnete Frau Fiedler lobte die Angebotspalette und den Einsatz des Jugendclubteams Süd zum letzten Frühlingsfest.

Auf Anfrage zu Schwerpunkten im Stadtteil Süd, berichtet Herr Bogdan über die Reifenwerksiedlung. Dort ist eine schlechte Wohnqualität zu verzeichnen, Abriss Häuser und Ruinen mit kaputten Fensterscheiben bilden Gefahren für die Anwohner, Spielplätze sind nicht vorhanden oder in desolatem Zustand. Die Eigentümergesellschaft ist an Veränderungen im Wohngebiet nicht interessiert. Der Mitarbeiter des mobilen Jugendarbeiterteams ist ständig mit Anwohnern vor Ort in Kontakt.

Als weiterer Schwerpunkt stellt sich das Wohngebiet Paul-Frost-Ring dar. Hier erfolgt eine Betreuung durch das Projekt „Paule 49“.

TOP 6.2 Benennung eines sachkundigen Einwohners hier: Herr Jörg Knauth

Der sachkundige Einwohner Herr Fickelscher hat seine Arbeit im Ausschuss beendet. Aus diesem Grund hat die FDP-Fraktion Herrn Jörg Knauth vorgeschlagen. Die Vorsitzende bitte den Kandidaten sich dem Ausschuss für Kultur, Soziales und Gleichstellung vorzustellen.

Herr Knauth trägt seinen Lebenslauf kurz und chronologisch vor. Er ist als privater Arbeitsvermittler für die Region Berlin – Brandenburg tätig und daher auch mit vielen Bürgern aus Fürstenwalde in Kontakt. Er würde sich für die Aufgabe, Sachkundiger Bürger, bereit erklären.

Da es keine Fragen an den Kandidaten gibt, wird er von der Vorsitzenden gebeten, die Räumlichkeit kurzfristig für die Abstimmung im Gremium zu verlassen. Nach seiner Rückkehr wird Herrn Knauth das Abstimmungsergebnis mitgeteilt und darauf hingewiesen, dass die Berufung durch die Stadtverordnetenversammlung erfolgt.

Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6.3 Diskussion zum Haushaltsplan

Zur Einführung der Haushaltsrunde bittet Frau Wagner den Fachbereichsleiter Stadtentwicklung zu Wort. Aufgrund der Entscheidung über den Verwaltungsneubau, liegen üppige Planungen vor aber auch Einnahmen durch Fördermittel. Herr Roch stellt anhand einer Power Point – Präsentation die Investitionen im Haushaltsjahr 2011 vor. Er erläutert zu jeder Maßnahme die geplanten Ausgaben und die Höhe der dazu bewilligten Fördermittel.

Maßnahmen:

1. Oberschule - Erneuerung des Eingangsbereiches, Ausstattung des Sportfeldes in Süd mit Geräten für den leichtathletischen Bereich,
2. Jugendgästehaus in der Trebuser Straße 49 und der ehemalige Penny-Mark,
3. erweitertes Domfeld, weiterer Ausbau Paradeplatz (Bananenkeller),
4. Bereich „Soziale Stadt“, Quartierspark (Fläche ehemaliges Krankenhaus),
5. Stadtzentrum, Marktplatz,
6. Sanierung Altstädter Platz,
7. Umbau Altes Rathaus, Einbau Schaubrauanlage,
8. Beginn Martinigarten (ehemaliges Stadthaus 2),
9. Anbindung ODEERSUN an den Bahnhof Süd, Radweg,
10. Bahnhof Nord, weitere 88 Stellplätze,
11. Ausbau Sandstraßen,
12. Bushaltestellen.

Der Fachbereichsleiter Stadtentwicklung bedankt sich für die Aufmerksamkeit und steht für weitere Fragen zu den Investitionen 2011 gern zur Verfügung.

Vor der Diskussion, informiert der Erste Beigeordnete zum Ergebnisplan 2011, worin ersichtlich ist, dass die Bereiche Kultur und Sport, Familie, Soziales und Bildung mehr Berücksichtigung wie im Vorjahr gefunden haben. Grund dafür sind die Tarifierhöhungen, Anschaffung und Erneuerung von Ausrüstungsgegenstände in den Kita's, Horten und Schulen, um den Betrieb sicher zu stellen. Des weiteren spielt das Thema Baumschauen (elektronisches Baumkataster) eine große Rolle, um Sicherheit auf Schulhöfen, Sport- und Freizeitplätzen zu gewährleisten.

Der Fachgruppenleiter Familie, Soziales und Bildung verteilt die gewünschten Übersichten zur geplanten Förderung in der Jugend- und Wohlfahrtspflege sowie zu den Einzelansetzungen im Bereich Kita's und Schulen und gibt dazu Erläuterungen. Er informiert die Abgeordneten darüber, dass derzeit die Kita's ausgelastet sind und keine Reserven bestehen. In einigen Einrichtungen mussten die Kapazitäten jedoch verringert werden, da der Zuschnitt der Räume (z.B. Durchgangsräume) die volle Auslastung nicht zulässt. Die Größe einer Einrichtung ist mitentscheidend für die Kostengestaltung pro Platz.

Die Vorsitzende merkt an, dass die Platzkosten in der Kita „Bummi“ und „Parkspatzen“ höher angesetzt sind als in den anderen Einrichtungen.

Herr Politz teilt daraufhin mit, dass die Kita „Bummi“ aus politischen Erwägungen fortbesteht und dass die Betreuung der Einrichtung so wirtschaftlich wie möglich erfolgt und dennoch höhere Kosten pro Platz anfallen. Derzeit werden 22 Kinder betreut. Eine Verteilung auf andere Einrichtungen ist ohne bauliche Veränderungen, d.h. Investitionen nicht möglich. Der Fachgruppenleiter gibt zu Bedenken, dass aufgrund der demographischen Entwicklung in ca. 10 Jahren ein Überschuss von ca. 150 Kitaplätzen bestehen könnte.

Frau Wagner informiert die Mitglieder des Ausschusses über die aktuellen Belegungen in der Einrichtung nach Wohnort: 7 Kinder aus Trebus, 12 Kinder aus Fürstenwalde und 2 Kinder aus umliegenden Gemeinden. Die Abgeordnete Frau Fiedler teilt daraufhin mit, dass viele Trebuser Kinder keinen Kitaplatz in Trebus erhalten haben und somit in Einrichtungen im Stadtgebiet untergebracht sind.

In der Kita sind größere Sanierungsarbeiten geplant. Herr Politz betont, dass mit den baulichen Veränderungen jedoch keine Kapazitätserweiterung verbunden ist sondern eine Verbesserung der Betreuungsbedingungen erreicht werden soll.

Die Ausschussvorsitzende bittet den Fachgruppenleiter Familie, Soziales und Bildung in einer der nächsten Sitzungen zu erläutern, wie die Berechnungen der Platzkosten bei den städtischen und den Einrichtungen in freien Trägerschaft erfolgen. Auf Anfrage an die Mitglieder des Ausschusses, bekunden diese auch ihr Interesse.

Auf Anfrage des Abgeordneten Gollmer zur Fachgruppe Wohnungswesen, teilte der Erste Beigeordnete mit, dass hier Aufgaben für Land und Bund wahrgenommen werden und die zu zahlenden

Zuschüsse (Wohngeld) keine kommunalen Mittel sind. Daher finden diese keine Berücksichtigung im Haushaltsplan der Stadt. Geplant werden nur die Personalkosten für die Mitarbeiter der Fachgruppe.

Eine zweite Frage bezieht sich auf das Produkt Friedhöfe, wo eine Kostensteigerung bei Personalarückgang zu erkennen ist. Herr Dr. Fehse wird den Sachverhalt prüfen und dazu im Nachgang Stellung beziehen.

Die Abgeordnete Frau Fiedler bittet um Angabe von Besucherzahlen in den bezuschussten Einrichtungen und stellt weitere Fragen zur Haushaltsplanung 2011 bezüglich Weihnachtsmarkt, Jugendpflege und Jugendförderung, Billiardzentrum, Springbrunnen der Stadt, zum Festplatz und Juri-Gagarin-Halle. Die Fragen werden entsprechend ihren Inhalts vom Kämmerer, den Fachbereichsleitern, Fachgruppenleiter und der Mitarbeiterin der Verwaltung größten Teils beantwortet. Ausstehende Antworten werden nach Prüfung der Sachverhalte zu einem späteren Zeitpunkt erteilt.

Im Anschluss bittet Frau Fiedler um Aussagen zum aktuellen Sachstand Obdachlosenunterkunft. Der Fachgruppenleiter Familie, Soziales und Bildung wird eine entsprechende Argumentation zusammen stellen und in diesem Jahr zur generellen Entscheidung dem Ausschuss vorlegen.

Herr Politz erläutert die Übersicht des Erfüllungsstandes im Vorjahr und der geplanten Bedarfe in der Wohlfahrtspflege, da diese zu Beginn der Haushaltsdiskussion ein wenig zu Verwirrung bei den Abgeordneten geführt hat.

Der Fachbereichsleiter Bürgerdienste teilt auf Anfrage der Vorsitzenden zur Erhöhung der Personalkosten in der Fachgruppe Öffentliche Ordnung und Gewerbe mit, dass durch das altersbedingte Ausscheiden zweier Kollegen und die Erhöhung des Streifen- bzw. Bereitschaftsdienstes, die durch die starke Einbindung der Fachgruppe in das Konzept des Bürgermeisters „Sicherung und Wiederherstellung der Sauberkeit, Ordnung im öffentlichen Raum“ erforderlich ist, weiteres Personal geplant wurde.

Frau Wagner gibt den Hinweis, dass auch bei der Haushaltsplanung auf die Betitelung der Schulen mit ihrem Namen zu achten ist.

Zur Thematik Mehrgenerationenhaus hat die Vorsitzende ein Schreiben der Bundestagsabgeordneten Petra Krone von der SPD-Fraktion erhalten, in dem die Ministerin auf Anfrage mitgeteilt hat, dass für Mehrgenerationenhäuser keine Übergangsförderung vorgesehen ist. Das Familienministerium erteilt den Häusern eine Absage, deren Bundesförderung im Herbst 2011 ausläuft und damit sind sechzig Häuser bedroht.

Herr Politz teilt darauf mit, dass die Finanzierung unseres Hauses nicht in diesem Jahr endet, es läuft sogar die Option auf Verlängerung bis 2012. Die Entscheidung des Ministeriums betrifft zunächst die ersten Häuser in diesem Programm.

Auf Anfrage der Abgeordneten Fiedler teilte Herr Politz mit, dass über zwanzig Bewerbungen zur Leitung des Mehrgenerationenhauses vorlagen und die Vorstellungsgespräche noch laufen.

Zur Frage des Abgeordneten Sachse, welche Zielgruppen das Tenniscenter nutzen und wen da die Förderung zu Gute kommt, informiert Frau Krips, dass das Vereine, der Schulsport und private Nutzer sind.

Des weiteren stellt er fest, dass sich die Förderung des Fürstenwalder Hofes erhöht hat. Worauf die Mitarbeiterin der Fachgruppe Kultur und Sport dies mit den jährlich steigenden Betriebskosten begründet.

Zur Frage wieso bei den Vorsorgeaufwendungen positiv Beträge ausgewiesen sind, erklärt der Erste Beigeordnete, dass diese Rückstellungen für die Altersteilzeit sind.

Zum Abschluss der vorangegangenen Diskussion bemängelt der Abgeordnete Herr Nachtigall, dass die Stadt die Caritas mehr fördert wie die GefAS, was von Herrn Politz bestätigt wird.

Die Verwaltung wünscht ein Votum zum Haushaltsplan des Fachbereiches Bürgerdienste.

Beschluss:

Zustimmung Ja 6 Nein 2 Enthaltung 4 Befangen 0

TOP 6.4 Jugendbeteiligung in Fürstenwalde - Jugendbeirat (Referat Thomas Kropp, Landesstelle für Demokratische Jugendbeteiligung)

Frau Wagner begrüßt Herrn Thomas Kropp, von der Landesstelle für Demokratische Jugendbeteiligung im Land Brandenburg.

Die Landesstelle für Demokratische Jugendbeteiligung ist ein Projekt des Paritätischen Sozial- und Beratungszentrums und Bestandteil des Beratungsnetzwerkes Tolerantes Brandenburg, in Abstimmung mit dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg.

Ziel des Projektes besteht in der Schaffung und Sicherung von stabilen Mitbestimmungsmöglichkeiten für Jugendliche in den Kommunen des Landes Brandenburg. Dies bedeutet die Aktivierung und Qualifizierung lokaler Akteure, die Schaffung selbst tragender Strukturen und überregionaler Netzwerke, sowie im Ergebnis die dauerhafte Einbindung demokratischer Beteiligungsstrukturen in gesellschaftliche und politische Entscheidungsprozesse vor Ort.

Das Land Brandenburg hat mit der Novellierung der Kommunalverfassung 2008 den „Jugendbeirat“ eingeführt. Es gibt keine formal-juristische Definition was ein Jugendparlament, -beirat oder ein – forum sein muss. „Wer sich demokratisch beteiligen will, wer sich zusammen tun will, wer den Dialog mit den Entscheidungsebenen führen will, der kann das tun.“ Es sind auch keine Altersbegrenzungen oder politische Bekenntnisse abzugeben, die Entscheidung so Herr Kropp, ist ein demokratisches Grundrecht.

Der formale Rahmen wird durch die gesetzliche Beiratsregel vorgegeben, der für die Akteure aber auch eine gewisse Sicherheit darstellt. Der Weg und der Dialog mit den Jugendlichen ist so aufzubauen, dass Strukturen entstehen, auf und in den sie sich bewegen, die jugendgemäß sind und vor allem möglichst selbst von Ihnen formuliert werden. Herr Kropp weist darauf hin, dass nach außen diese Jugendbeteiligung nicht wie eine Aufgabenstellung wirken sollte.

Im Land Brandenburg bestehen derzeit ca. 15 Jugendbeteiligungen. Informationen zu Beteiligungen in der Region, können über das Landesnetzwerk (jub) bezogen werden.

Der Referent bietet an, wenn Interesse besteht, könnte ein Erfahrungsaustausch mit Akteuren von bereits bestehenden Jugendbeteiligungen organisiert werden.

Der Referent verweist auf die Internetseite: www.jugendbeteiligung-brandenburg.de .

Im Anschluss des Beitrages erkundigt sich Herr Kropp nach dem Stand der Jugendbeteiligung in der Stadt Fürstenwalde, worauf die Vorsitzende mitteilt, dass sich dieses Thema noch in Diskussion befindet und betont, dass jedoch ein reges Interesse von Seiten der Jugendlichen gegenüber den Kommunalpolitikern bekundet wurde.

Im Namen der ca. 20 Mitglieder der Fachgruppe Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII, begrüßt der Vorsitzende Herr Bogdan das Vorhaben der Jugendbeteiligung. Die Fachgruppe hat dazu eine Stellungnahme verfasst, die den Mitgliedern des Ausschuss für Kultur, Soziales und Gleichstellung vorgetragen wird. Auf Grund der unterschiedlichsten Erfahrungen in der Kinder- und Jugendbeteiligung sichert die Fachgruppe Unterstützung zu und erklärt sich grundsätzlich zur Kooperation im Feld „Kinder- und Jugendbeteiligung“ auf kommunaler Ebene bereit.

Anlässlich der Thematik sind zwei Schüler aus Juri-Gagarin-Oberschule zu Gast. Gemeinsam mit den Abgeordneten wird darüber diskutiert, wie interessierte Jugendliche erreicht, über die demokratische Beteiligung informiert und sensibilisiert werden können.

Die Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass die heutige Diskussion nur den Charakter einer Vorbesprechung trägt.

Abschließend weist der Fachgruppenleiter Familie, Soziales und Bildung darauf hin, die vorhandenen Potentiale in der Stadt zu nutzen und gemeinsam aus den Erfahrungen der Fachleute und den Interessen der Jugendlichen, eine neue Arbeitsebene zu schaffen.

Er macht darauf aufmerksam, dass die Bildung einer Jugendbeteiligung ein zweiseitiger Prozess ist. Somit ist nicht nur das Interesse der Jugendlichen an den Mitbestimmungsmöglichkeiten wichtig und ihre eigenen Themen, sondern auch die Bereitschaft der gewählten Vertreter, Verantwortung und Entscheidungskompetenz sowie Ressourcen abzugeben.

Die Vorsitzende formuliert das Votum und bittet die Abgeordneten abzustimmen.
„Wir widmen uns intensiv der Jugendbeteiligung in der Stadt Fürstenwalde.“

Das Ergebnis wird umgehend dem Bürgermeister bekannt gegeben.

Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7 Informationen der Verwaltung

Die Gleichstellungsbeauftragte informiert über die 21. Brandenburgische Frauenwoche und macht besonders auf die Veranstaltung am 09.03.2011, 16:30 Uhr in der Dachetage der Kufa, Thema: „Frauen macht Kommune“, aufmerksam.

Der Fachbereichsleiter Bürgerdienste berichtet über einen Bombenfund ca. 600 m von der Autobahn entfernt. Es handelte sich um eine russische Sprengbombe, die gegen 14:30 Uhr problemlos vor Ort gesprengt wurde.

TOP 8 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Die Abgeordnete Fiedler fragt an, warum die weiteren Sanierungsmaßnahmen in der Kita „Bummi“ nicht fortgeführt werden und wo die Restmittel aus dem Konjunkturpaket verblieben sind.

Herr Roch erläutert die bisher durchgeführten Baumaßnahmen und versichert, dass die geplanten Baumaßnahmen laut Absprache mit dem Kämmerer nicht aufgehoben sondern aus haushaltstechnischen Gründen aufgeschoben worden sind. Die Restmittel aus dem Konjunkturpaket wurden zunächst anderweitig verwendet.

Frau Fiedler bittet die Verwaltung eine entsprechende Mitteilung mit Begründung an den Ortsbeirat Trebus zu veranlassen.

Zu weitere Anfragen bezüglich Einsparungen der Energiekosten im Bereich der Sporthallen, Neueröffnung Club im Park, mangelnder Winterdienst in der Busschleife Trebus wurde von den Fachbereichsleitern Bürgerdienste und Stadtentwicklung Stellung genommen.

Frau Fiedler bittet um nähere Informationen zum Frühlingsfest in der nächsten Sitzung.

Frau Radom informiert über starke Verunreinigungen in der Trebuser Straße / Ecke Pintschring und bittet die Verwaltung um Klärung des Sachverhaltes mit der DB.

Abschließend bemängelte der Abgeordnete Nachtigall die fehlenden Hundetoiletten bzw. Schmutztüten, die nach seiner Auffassung dem Hundesteuerzahler bereit zu stellen sind. Die Aussage wurde Seitens der Verwaltung berichtigt und die bestehende Problematik der fehlenden Hundetoiletten aber auch die Einstellungen der Hundehalter zur Ordnung und Sauberkeit in der Stadt dargelegt.

TOP 9 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Die Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Die Niederschrift umfasst 7 Seiten.

Elke Wagner
Vorsitzender

Schriftführer

Elke Wagner
